

A n t r a g

der Fraktion DIE LINKE

Auswirkungen der Bundesnetzplanung auf Thüringen

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich an der Entwicklung einer Netzentwicklungsplanung auf Bundesebene zu beteiligen und dabei eine Verwirklichung des vorliegenden Entwurfs zu verhindern.

Begründung:

Der im "Netzentwicklungsplan" vorgesehene Neubau von rund 4 000 Kilometern neuer Übertragungsnetze wird den Ausbau erneuerbarer Energien nicht beschleunigen, sondern verhindern. Kernpunkt erneuerbarer Energien ist deren dezentrale Erzeugung vor Ort.

Mit dem von den vier Übertragungsnetzbetreibern vorgeschlagenen Netzausbau und den dafür vorgesehenen Investitionsaufwand von 30 Milliarden Euro wird deren Monopolstellung auf Kosten von Natur, Umwelt und Lebensqualität gesichert, die die Stromkunden zudem noch bezahlen müssen.

Für Thüringen ist dieser weitere Einschnitt in die Landschaft nicht hinnehmbar. Es sollen nach den Plänen der Bundesnetzagentur nicht nur die umstrittene 380-kV-Leitung durch Thüringen gebaut werden, sondern noch zwei weitere.

Das alles geschieht zu einem Zeitpunkt, wo der Freistaat Thüringen seine Anstrengungen zur Energieeinsparung und zur Steigerung der Erzeugung erneuerbarer Energien verstärkt und Bundesländer wie Bayern und Baden-Württemberg erklären, energieautark werden zu wollen.

Für die Fraktion:

Ramelow